

**Johannes-Maria Lex**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Mittwoch, 26. Mai 2010 14:44  
**An:** michael.kinn@oif.ac.at; hufschlag@fh-koblenz.de; presse-parlamentsklub@fpoe.at; oegb@oegb.at; gpa@gpa-djp.at; goed@goed.at; info@gdg-kmsfb.at; bau-holz@gbh.at; info@vida.at; gpf@gpf.at; office@protge.at; auge@ug-oegb.at; ug@ug-oegb.at; lisa.langbein@kiv.at; paiha@ug-oegb.at; bessere.zukunft@josef-muchitsch.at; akademie@montessori.at; post@II2.bmwfj.gv.at; news@bildungsgrenzenlos.at; Brühl Ute Mag.a, Kurier; karin.moser@derstandard.at; tina@bluhaus.at  
**Betreff:** Sammelmeldung 27.05.2010  
**Anlagen:** Fruehpaedagogik.pdf; Flyer\_Master in Early Childhood Studies\_PH WGT PHSG.PDF; Praesidentschaftskanzlei.pdf; Generalangriff auf Tagesmütter.pdf

**Plattform EduCare**

elementare und außerschulische Bildung

**Informationsdienst**<http://www.Plattform-EduCare.org>[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/17798908592?ref=sgm>**SAMMELMELDUNG**

**FRONTALANGRIFF AUF DIE KLEINSTEN - DER GRATISKINDERGARTEN WIRD INFRAGE GESTELLT.** Der Allzeithit von den leeren Kassen kommt dieser Tage besonders glaubwürdig rüber, die Expertenempfehlungen, wonach gerade in Krisenzeiten in Bildung investiert werden sollte, werden beiseite gewischt. Stattdessen gewinnt eine Idee an Attraktivität, die einen Frontalangriff auf die Kleinsten darstellt: Der Gratiskindergarten wird infrage gestellt. Damit geht man nach ersten Fortschritten wie dem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr genau in die falsche Richtung. - <http://derstandard.at/1271377053278/Kinderbetreuung-Angriff-auf-die-Kleinsten>

So schlecht, wie unsere Volksvertreter landauf, landab behaupten, dürfte es Österreich doch nicht gehen. Auch der Spardruck kann nicht so groß sein, wie ihn Finanzminister Josef Pröll und die Bundesregierung darstellen. Denn während bei Kindergärten, Ausbildung und Sozialprojekten der Sparstift angesetzt wird, wird das Geld für Jahrhundertprojekte wie Koralm- oder Brennerbasistunnel wie aus Baggerschaufeln ausgeschüttet, besser gesagt mit Tunnelbohrmaschinen sehr effizient vergraben. <http://derstandard.at/1271377250802/Koralmtunnel-Taxifahren-ist-billiger>

**KEIN BILDUNGSABBAU FÜR VORSCHULKINDER! MITMACHEN; ENGAGIEREN, PROTESTIEREN: und das ganz einfach und bequem - mit einer E-Mail**

→ <http://www.plattform-educare.org/Keine%20Gewalt%20an%20Kindern.doc>

→ Siehe dazu auch die pdf-Beilage: „Praesidentschaftskanzlei.pdf“

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

# ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 26.05.2010 14:43:17

## MEINUNG

FPÖ-Walter Rosenkranz: "Bildungspolitik besser" anstatt "neu" oder "alt" ist gefragt . Chancengleichheit nicht wegen Neuer Mittelschule, sondern nur infolge Begabtenförderung vorstellbar!

Arbeiten fördern – Armut vermeiden: Strategien zur Armutsvermeidung sind vielschichtig

## TOP-THEMA

VP-Pfingsttage: Eine Punktlandung

Gesamtschule: Karl trotz ihren Kritikern

Karl beharrt auf ihren Vorschlägen zu Gesamtschule

Gesamtschule: Karl beharrt auf ihren Vorschlägen

Fördern, nicht Fehler suchen!

Alles aus Oberösterreich

„Bildung schafft Vorsprung für OÖ“

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

stern-Umfrage: Sparen bei der Bildung? Deutsche sagen Nein

Schäuble: Einsparungen bei Bildung sind falsch

Hamburg: Kirche schaltet sich in Schulreform ein

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

### BURGENLAND

Meldungen:

Salcher: "Im Burgenland ticken die Uhren anders"

Wenn der Lehrer zum Albtraum wird

### KÄRNTEN

Meldungen:

SPÖ Kaiser: Universitäre Ausbildung für Pädagogen der Zukunft

### NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

### OBERÖSTERREICH

Meldungen:

Zu wenig Personal in Kindergärten: Honorarkräfte sollen helfen

### SALZBURG

Meldungen:

Landesgesetzblatt Nummer 38/2010 kundgemacht am 26.Mai 2010 mit dem die Monatsentgelte für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände) erhöht werden

Land Salzburg - Meldung der Landeskorrespondenz: Kinderbetreuung in den Ferien

### STEIERMARK

Meldungen: keine

### TIROL

Meldungen: keine

### VORARLBERG

Meldungen:

Gesetz über eine Änderung des Kindergartengesetzes

Gesetz über eine Änderung des Bezügegesetzes 1998

**WIEN**

Meldungen: keine

**ELEMENTARPÄDAGOGIK**

Förderungsmöglichkeiten

Frühpädagogische Studiengänge im Spannungsfeld von Spezialisierung und Generalisierung: Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Master of Arts in Early Childhood Studies - Frühkindliche Bildung in Forschung und Praxis

**ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN**

VGH Bayern: Tätigkeit einer Scientologin in der Kinderbetreuung LexisNexis Aktuelles

**GEWERKSCHAFTSVERTRETUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN**

Anfragen an den ÖGB u. a. nach der Podiumsdiskussion der BKHW zum Thema "... und wo ist meine Gewerkschaft!?"

Von: Johannes-Maria Lex [mailto:johannes-maria.lex@aon.at]

Von: Abg. z. NR Josef Muchitsch [mailto:bessere.zukunft@josef-muchitsch.at]

Von: Klaudia Paiha [mailto:paiha@ug-oegb.at]

**INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK**

Inklusion statt Integration: Dicke Bretter - Von Andrea Rost

Lebenshilfe: Ziel ist die "inklusive Gesellschaft"

Grüne drängen auf umfassende Inklusion im Bildungssystem

**KINDERERZIEHUNG**

TOP ONLINE Zürich Kindererziehung ist keine Staatsaufgabe - Die SVP des Kantons Zürich lehnt die kantonale Kinderbetreuungs-Initiative wie auch den Gegenvorschlag dazu ab.

**MONTESSORI**

Montessori-Akademie

REFRESHER-REIHE FÜR DAS KINDERHAUS

INFORMATIONENABEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK UND DIPLOMAUSBILDUNG

FARBENERGETIK UND INTUITIVES MALEN

EINFÜHRUNGSSEMINAR IN DIE MONTESSORI-PÄDAGOGIK

MONTESSORI-DIPLOMLEHRGÄNGE - DIE NEUEN TERMINE

**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

„Lebenschancen verbaut“ - Kein Zugang zu Hochschulen: Behinderte können nicht Lehrer werden, kritisieren die Grünen.

**PARLAMENTSMELDUNGEN**

BZÖ drängt auf bessere sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern

**TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER**

Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter

Reaktion auf den Beitrag von Karin Moser „Ein Frontalangriff auf die Kleinsten: Der Gratiskindergarten wird infrage gestellt“, da darin nach Ansicht der Verfasserin die Qualität der Tagesmütter in Frage gestellt wird.

→ Bezug: <http://derstandard.at/1271377053278/Kinderbetreuung-Angriff-auf-die-Kleinsten>

**VERANSTALTUNGEN UND EVENTS**

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Die Reform der Schulverwaltung – eine Kontroverse

**SONSTIGES**

[Österreichisches Institut für Familienforschung der Universität Wien: Eine Online-Umfrage zum Mitmachen!](#)

## **IMPRESSUM UND HINWEISE**

---

---

## **MEINUNG**

---

---

### ***FPÖ-Walter Rosenkranz: "Bildungspolitik besser" anstatt "neu" oder "alt" ist gefragt . Chancengleichheit nicht wegen Neuer Mittelschule, sondern nur infolge Begabtenförderung vorstellbar!***

Wien (OTS) - Anlässlich seiner heutigen Pressekonferenz "Bildungspolitik in Österreich: Viele unbequeme Wahrheiten von der Baustelle" nahm der FPÖ-Bildungssprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Unterrichtsausschusses NAbg. Dr. Walter Rosenkranz zu aktuellen bildungspolitischen Themen Stellung. So werde eine flächendeckende Neue Mittelschule allein aus Budgetgründen linke Utopie bleiben. Daran werden auch die neu entdeckten Sympathien von Ministerin Karl nichts ändern: "Passte noch vor Wochen kein Blatt Papier zwischen SPÖ und ÖVP, so gilt dies heute nur mehr für die Ministerinnen Schmied und Karl." Eine Zusammenlegung der beiden Ministerien sei angesichts dessen das Vernünftigste: "Bildungspolitik soll nicht dafür herhalten müssen, die Regierungsparteien gleichmäßig mit Posten zu versorgen. Dafür sprechen auch organisatorische und kompetenzrechtliche Gründe. Die Zuständigkeit für die Bildung sollte vom Kindergarten bis zum Studienabschluss in einem Ministerium gebündelt werden."

"Ob 'Neue Mittelschule', 'Gymnasium für alle' oder wie auch immer das Projekt heißt, es geht immer darum, alle Kinder zwangsweise in eine Schule zu schicken." Dies bedeute vor allem einen Richtungsentscheid zwischen "Gleichmacherei" oder "Freiheit" in der Bildungspolitik: "Nicht Bildungspolitik 'alt' oder 'neu', sondern Bildungspolitik 'besser' muss jedoch die Devise lauten." Wie verschiedene Studien, ua der Ludwig-Maximilians-Universität München oder auch des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung Berlin gezeigt hätten, sinke in Gesamtschulen das Ausbildungsniveau. Zudem seien Gesamtschulen wie die NMS um 25 bis 30 Prozent teurer. "Auch das von linken Bildungspolitikern gerne zitierte Argument, dass Gesamtschulen zur Chancengleichheit beitragen, stimmt so nicht." Der Weiterbesuch nach der Pflichtschule eines Matura führenden Schultyps scheitere vielmehr oftmals an den Eltern. "Eltern sollten über die Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder intensiv beraten werden. Hier wäre es eine wichtige Aufgabe der Lehrer, dafür zu sorgen, dass begabte Kinder aus bildungsfernen Familien für eine Fortsetzung ihrer Bildungslaufbahn weiterempfohlen und gefördert werden." Wichtig sei ausschließlich, dass eine Chancengleichheit für alle Kinder gewahrt bleibe. "Das bedeutet aber keine Garantie für ein erfolgreiches Ende der Bildungslaufbahn."

Hinsichtlich der Pattstellung, dass Ministerin Schmied einerseits die einzigen Einsparungspotenziale ihres Ministeriums in einer Reform der Schulverwaltungen sehe, aber für deren Vorankommen jede Verantwortung ablehne, appelliert Rosenkranz an den Bundeskanzler: "Kanzler Faymann muss ein Machtwort sprechen, damit klar ist, wer für die Regierung die Schulverwaltungsreform verhandelt."

Überhaupt werde das Unterrichtsministerium mit einer reinen Schlagwortpolitik geführt: "Wie zum Beispiel die von der Ministerin angekündigten Bildungsdirektionen aufgebaut sein sollen, und was sie kosten werden, weiß keiner im Detail." Einsparungsmöglichkeiten im Ressort sieht Rosenkranz kurzfristig etwa bei der Teilnahme Österreichs an internationalen Bildungsstudien wie PISA, TALIS & Co.

Es genüge nicht, sich von Durchgang zu Durchgang bescheinigen zu lassen, dass Verbesserungen notwendig seien, nur um darauf wieder nicht zu reagieren. "Bis die als Konsequenz aus den Studienergebnissen empfohlenen Veränderungen umgesetzt sind, soll Österreich seine Teilnahme an diesen Studien aussetzen und auch seine Ausgaben für teure Imagekampagnen des BMUKK einsparen, und die auf diese Weise ersparten bis zu 6 Millionen Euro sinnvoller direkt im Klassenzimmer verwenden."

Unter Hinweis auf den bedeutenden Bildungswissenschaftler Marian Heitger, der davon spricht, dass heutzutage Schülerinnen und Schüler nicht mehr danach gefragt würden, ob sie in den Schulen etwas gelernt hätten, sondern ob sie sich wohlfühlt hätten, nannte Rosenkranz abschließend die Schulen "nicht primär Sozialeinrichtungen zum Wohlfühlen, sondern Bildungsinstitutionen mit Leistungskomponente. Nur so werden unsere Kinder bestens auf ihre Zukunft vorbereitet."

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub  
Tel.: 01/ 40 110 - 7012  
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>  
<http://www.fpoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### **Arbeiten fördern – Armut vermeiden: Strategien zur Armutsvermeidung sind vielschichtig**

„Meine Vision ist, dass jeder Jugendliche mit 15 Jahren eine Ausbildung beginnen kann, die seinen Anforderungen entspricht, egal wie lange er dafür braucht!“ Mit diesem Statement leitete Sozialminister Rudolf Hundstorfer den Informationsnachmittag „Behinderung, Armut und soziale Ausgrenzung“ ein, der gestern in Wien im Congress Center Austria stattfand. Was aber ist mit jenen Menschen mit Behinderung, die nicht arbeitsfähig sind? Aus Sicht der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen sind die pensionsrechtliche Absicherung und eine adäquate Entlohnung für Menschen in segregierenden Arbeitsverhältnisse wie z.B. Werkstätten absolut vorrangig.

Nicht zuletzt bestätigt und auch von der Bundesregierung offiziell als Maßnahme zur Armutsvermeidung anerkannt ist das Pflegegeld. Klarerweise, hier herrschte Einigkeit unter den TeilnehmerInnen, kann dies jedoch nur funktionieren, wenn das Pflegegeld als Geldleistung gesichert bleibt und eine jährliche fixe Valorisierung erwartet werden kann.

Auch bei der Bildung herrschte Einigkeit: „Bildung ist der entscheidende Faktor zur Armutsvermeidung und zudem ein Menschenrecht. Es ist dringend notwendig, einen Inklusionsfahrplan zu erstellen“, forderte Caritas Präsident DDr. Michael Landau.

Dr. Klaus Voget, Präsident der ÖAR, wies in seinem Eingangsstatement darauf hin, dass 1992, also vor nunmehr 18 Jahren (!), das Bundesbehindertenkonzept verabschiedet worden ist und wesentliche Teile davon sind bis heute noch immer nicht umgesetzt. Abschließend stellte Voget fest, dass die Tagung wieder ins Bewusstsein gerückt habe, dass Menschen mit Behinderungen noch immer nicht automatisch die gleichen Möglichkeiten in ihren Lebenswelten offenstehen wie für Menschen ohne Behinderung und dass hier, vor allem im Lichte der UN-Konvention, dringender Änderungsbedarf bestehe.

Der Infotag „Behinderung, Armut und soziale Ausgrenzung“ wurde von den TeilnehmerInnen als ein erster erfolgreicher Versuch gewertet, möglichst viele Menschen zusammenzubringen, um positive Synergieeffekte zu erhalten und erfolgreiche Strategien gegen die Armutsgefährdung von Menschen

mit Behinderungen zu entwickeln.

Rückfragen: Dr. Irmgard Bauer, Tel.: 01 5131533-116

Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) vertritt als Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs 78 Mitgliedsvereine mit insgesamt mehr als 400.000 Mitgliedern. Das Aufgabengebiet der ÖAR ist vielfältig und reicht vom Mitgestalten behindertenrelevanter Themen bis zu umfassenden Serviceleistungen für ihre Mitglieder. Die ÖAR ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Mehr Information: [www.oear.or.at](http://www.oear.or.at)

---

---

## TOP-THEMA

---

---

### ***VP-Pfingsttage: Eine Punktlandung***

nachrichten.at

Landeshauptmann Pühringer beim Eröffnungsreferat in der Stiftskirche: Keine Reform ohne Einbindung der Lehrer. Bild: Wakolbinger Besser hätten Themenwahl ...

### ***Gesamtschule: Karl trotz ihren Kritikern***

DiePresse.com

Reichersberg (red.). Über „die Inhalte, nicht über die Organisationsform“ will Oberösterreichs ÖVP in der umstrittenen Schulfrage diskutieren, ...

### ***Karl beharrt auf ihren Vorschlägen zu Gesamtschule***

Kleine Zeitung

Wissenschaftsministerin Karl beharrt auf ihren Vorschlägen für eine einheitliche Schule der Zehn- bis 14-Jährigen. Sie verwies darauf, dass es zu diesem ...

### ***Gesamtschule: Karl beharrt auf ihren Vorschlägen***

derStandard.at

Bei einem Vortrag in Oberösterreich pochte Karl erneut auf eine gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen. Linz - Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) ...

### ***Fördern, nicht Fehler suchen!***

Neues Volksblatt

Von Michael Kaltenberger Die Schule sei kein Sanierungsfall, sie brauche aber eine laufende Weiterentwicklung, sagte Landeshauptmann Josef Pühringer gestern ...

### ***Alles aus Oberösterreich***

Life Radio -

Welchen Weg geht unser Bildungssystem - Antworten auf diese Frage sucht die ÖVP bei den traditionellen Reichersberger Pfingstgesprächen. ...

### ***„Bildung schafft Vorsprung für OÖ“***

Neues Volksblatt

Von Michael Kaltenberger „Bildung schafft Vorsprung für Oberösterreich“, sagte Landeshauptmann Josef Pühringer in seiner Begrüßungsrede bei den zweitägigen ...

---

---

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

---

---

### ***stern-Umfrage: Sparen bei der Bildung? Deutsche sagen Nein***

STERN.DE

Hände weg von der Kinderbetreuung und der Bildung - so das Ergebnis einer stern-Umfrage. Auch angesichts knapper Kassen bei den öffentlichen Haushalten ...

---

### **Schäuble: Einsparungen bei Bildung sind falsch**

derStandard.at

"Einsparungen bei der Bildung verringern Chancen auf Wachstum", Deutschlands Finanzminister ist gegen Einsparungen im Bildungsbereich. ...

---

### **Hamburg: Kirche schaltet sich in Schulreform ein**

Mit sieben 'Prüfsteinen' und Gesprächsforen schaltet sich die nordelbische evangelische Kirche in die Kontroverse über die Hamburger Schulreform ein. 'Vor dem Volksentscheid wollen wir den Eltern und allen anderen Interessierten die Möglichkeit anbieten, miteinander ins Gespräch zu kommen', sagte Bischöfin Maria Jepsen. 'Wir wollen gemeinsam fragen, wie die Kinder unserer Stadt am besten schulisch gefördert werden.' Der Volksentscheid zur Schulreform, die vor allem die Einführung der sechsjährigen Primarschule vorsieht, soll am 18. Juli stattfinden. Es sei 'ein Zeichen von lebendiger Demokratie', dass in Hamburg so umfassend über die Zukunft der Bildung diskutiert werde, sagte die Bischöfin weiter. Mit sieben Prüfsteinen, die das Pädagogisch-Theologische Institut entwickelt hat, wolle man die Diskussion über eine 'gute Schule' anregen. Darin werden etwa der Bildungsbegriff und die Ausstattung der Schulen thematisiert. Gefragt wird auch, welche Reformideen den Lehrkräften im Schulalltag helfen. Bessere Frühförderung und fließende Übergänge zwischen Kindertagesstätte und Schule sind ebenso 'Prüfstein' wie die Frage nach Schulstrukturen, die unterschiedliche Talente besser berücksichtigen. Epd

<http://www.sueddeutsche.de/g5z381/3363062/Kirche-schaltet-sich-in-Schulreform-ein.html>

---

## **BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote

---

### **BURGENLAND**



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

---

### **Meldungen:**

#### **Salcher: "Im Burgenland ticken die Uhren anders"**

Kontakte mit der Schulverwaltung sind eine Zeitreise ins Paläozoikum der politischen Kultur", so KURIER-Schüleranwalt Andreas Salcher.

Kontakte mit der Schulverwaltung im Burgenland sind eine Zeitreise ins Paläozoikum der politischen Kultur", meint Andreas Salcher. "Wann i Schüleranwalt nur her, dann hab i scho g'fressen", könnte man das pointiert auf den Punkt bringen. "Uns ist es egal, was Sie schreiben", lässt Landesschulratspräsident Gerhard Resch keinen Zweifel an seinem Zugang zu zeitgemäßer Öffentlichkeitsarbeit aufkommen.

Der KURIER-Schüleranwalt hat sich im zweiten Jahr seines Bestehens für die meisten Landesschulräte zu einem vielleicht nicht immer angenehmen, aber akzeptierten, weil fairen, Vertreter von Schülerinteressen entwickelt. "Im Burgenland ticken die Uhren offensichtlich noch anders, nicht nur in Bezug auf den Umgang mit Beschwerden", glaubt Salcher.

"Es gibt kein anderes Bundesland, aus dem wir so viele gut dokumentierte Fälle von parteipolitisch

motivierten Direktorenbesetzungen haben wie aus dem Burgenland. Dort wird man auch sicher die kürzlich veröffentlichte Talis-Studie sofort ungelesen weggeworfen haben." Diese Befragung unter 4265 Lehrern zeigt, dass diese beklagen, dass 21 Prozent ihrer Kollegen generell unpünktlich oder gar nicht in der Schule erscheinen, und 15 Prozent unvorbereitet unterrichten. "Gerade deshalb wäre es wichtig, dass die überwältigende Mehrheit der Lehrer, die ja engagiert arbeitet, sich endlich gegen die Minderleister wehrt, die den gesamten Lehrerstand diskreditiert."

<http://kurier.at/nachrichten/2003834.php>

---

### Wenn der Lehrer zum Albtraum wird

Sie sind der Schrecken von Schülern, Eltern und Kollegen: miese Lehrer. Doch los bekommt man sie nur selten.

Maria Huber\* ist am Ende ihrer Kräfte: Seit vier Jahren ist sie die eigentliche Englisch-Professorin für ihre Tochter. Denn die Professorin an der AHS Neusiedl macht nicht, wofür sie bezahlt wird: "In der ersten Stunde kommt sie fast immer zu spät. Steht sie in der Klasse, vermittelt sie den Kindern nicht den Stoff. Die Schularbeiten sind aber schwierig. Direktor und Landesschulinspektor wissen Bescheid, unternehmen aber nichts. Was können wir tun?", schrieb die Mutter dem KURIER-Schüleranwalt.

Der KURIER konfrontierte den burgenländischen Landesschulratspräsidenten Gerhard Resch mit dem Problem. Er reagierte ungehalten. "Das ist noch nicht bis zu mir vorgedrungen", behauptet er. Es sei gerne bereit, mit den Eltern darüber zu sprechen, "aber nicht mit dem KURIER". Und er will offensichtlich auch nicht aktiv werden: Versprechen will Resch nämlich nichts.

Schneller reagierte die Direktorin einer Wiener AHS. Dort treibt seit einem Jahr ein Geografie-Lehrer sein Unwesen. So er denn da ist. Die Eltern haben nämlich minutiös aufgeschrieben, wann er überhaupt zur Arbeit erschien: Im Schnitt nur jede zweite Woche. Und wenn er kommt, verteilt er fast nur Fünfer - auch Vorzugsschüler zittern vor ihm. Die Direktorin reagiert zwar. Doch diesen Lehrer loszukriegen, ist gar nicht so einfach. Das Dienstrecht ist da eher aufseiten der Lehrer. Wohl mit ein Grund für die Disziplinlosigkeit vieler Lehrer, die jetzt die Talis-Studie ans Licht brachte (siehe Hintergrund)

Der Schüleranwalt kennt viele solcher Geschichten. Nur: Eltern trauen sich nicht an die Öffentlichkeit, weil sie befürchten, dass der Streit auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird. Doch nicht nur Schüler und Eltern leiden unter miesen Lehrern. Auch Kollegen stöhnen, trauen sich aber nichts gegen sie zu unternehmen.

"Am Ende bekommt man ihn doch nicht los und sitzt am Ende wieder mit ihm in einem Lehrerzimmer. Da werden Konflikte eher vermieden", weiß ein Direktor. Auch in seiner Schule gab es eine Professorin, die immer zu spät kam: "Ich habe mich in der Früh vor das Klassenzimmer gestellt und auf die Uhr geschaut, wenn sie kam. Zudem habe ich sie in Konferenzen immer auf ihr unkollegiales Verhalten angesprochen. Schließlich müssen andere supplieren - ohne, dass sie etwas dafür bekommen. Irgendwann war es ihr dann zu blöd, und es wurde besser", erzählt er.

Inzucht

"Es gäbe durchaus eine dienstrechtliche Handhabe gegen Lehrer", sagt Andreas Ehlers, Elternvertreter der Pflichtschulen in Wien. "Die Schulleiter müssten nur endlich ihren Pflichten nachkommen, was aber in einem Inzuchtverein nicht so leicht ist." Es gebe da so viele Seilschaften, dass das oft kaum möglich sei.

<http://kurier.at/nachrichten/2003829.php>

<http://kurier.at/nachrichten/2002456.php>

---

## KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

**Meldungen:****SPÖ Kaiser: Universitäre Ausbildung für Pädagogen der Zukunft**

APA OTS (Pressemitteilung)

Utl.: Pilotprojekt von Alpe Adria Universität und Pädagogischer Hochschule Klagenfurt möglich. ÖVP-Bildungsverweigerer sollten Scheuklappen im Interesse der ...

---

---

**NIEDERÖSTERREICH**Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

---

---

**Meldungen: keine**

---

---

**OBERÖSTERREICH**Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

---

**Meldungen:****Zu wenig Personal in Kindergärten: Honorarkräfte sollen helfen**

Weiter ausgebaut werden die Kindergärten in Linz, doch zusätzliches Personal ist schwer zu bekommen.

LINZ. Zu wenig Personal für die Kinderbetreuungseinrichtungen hat die Stadt Linz ab kommendem Herbst. Notfalls sollen Honorarkräfte helfen.

Die Nachfrage nach Gratiskindergartenplätzen ist enorm. Und der Aufholbedarf bei Krabbelstuben groß. Ab Herbst stehen in Linzer Krabbelstuben, Kindergärten und Horten 26 zusätzliche Gruppen mit 481 Plätzen zur Verfügung.

45 neue Arbeitsplätze entstehen dadurch in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Doch das dafür nötige Personal ist nur schwer zu bekommen. „Wir haben jetzt die erste Ausschreibung gemacht“, sagt der Linzer Personalstadtrat Johann Mayr (SP). Kommen zu wenige Bewerbungen, dann müsse sich die Stadt kurzfristig mit Honorarkräften behelfen, sagt Mayr: „Wir möchten aber möglichst viele Fachkräfte anstellen.“

Auch Migrantinnen will man für die Kinderbetreuung gewinnen. „In Ex-Jugoslawien erfolgte die Ausbildung an Hochschulen. Doch bei uns wird diese Ausbildung nicht anerkannt“, sagt Mayr.

Gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) und der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik plane man Aufschulungen für solche Kräfte. Auch an Modellen für Maturantenkollegs werde getüftelt. „Die Durchführung hängt aber vom AMS ab, dessen Mittel derzeit knapp sind“, sagt Mayr. Für die Horte versuche man, arbeitslose Lehrer zu bekommen. Doch diese Möglichkeit wird es, wie berichtet, in zwei, drei Jahren nicht mehr geben. Denn dann haben die Schulen wegen der bevorstehenden zahlreichen Lehrer-Pensionierungen großen Bedarf an neuen Arbeitskräften.

Stark ausgebaut

Der Personalstand in den seit 1990 stark ausgebauten städtischen Linzer Krabbelstuben, Kindergärten und Horten ist seit dem Jahr 1990 um 175 Prozent von 327 auf 900 gestiegen. (gsto)

Mehr zum Thema

[Mussten Kindergärtnerinnen durch Eltern von Teilschließung erfahren?](#)

[Der Gratis-Kindergarten als Objekt der Spardiskussion](#)

[Kindergärten, Krabbelstuben, Horte: Zuwachs bei allen Altersgruppen](#)

[Kinder-Plus: Neue Jobs, Provisorien und offene Geldfragen](#)

[Wer bezahlt?](#)

<http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/art66,398896>

---

---

## SALZBURG



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

### Meldungen:

#### **Landesgesetzblatt Nummer 38/2010 kundgemacht am 26.Mai 2010 mit dem die Monatsentgelte für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände) erhöht werden**

Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 23. April 2010 zur Änderung der Verordnung, mit der die Fördermittel sowie die Monatsentgelte für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände) erhöht werden

---

#### **Land Salzburg - Meldung der Landeskorrespondenz: Kinderbetreuung in den Ferien**

In den Bezirken des Landes wurden durch das Referat für Kinderbetreuung in allen Kinderbetreuungseinrichtungen die Möglichkeiten der Betreuung in den Ferien erhoben. Die gesammelten Daten - Öffnung, Betreuungszeiten, Altersbereiche, ...

[RSS- Aktuelle Meldungen der Landeskor... - http://salzburg.gv.at/?q=http://www.evialiv3.org/](http://salzburg.gv.at/?q=http://www.evialiv3.org/)

---

## STEIERMARCK



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

### Meldungen: keine

---

## TIROL



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

### Meldungen: keine

---

## VORARLBERG



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

### Meldungen:

#### **Gesetz über eine Änderung des Kindergartengesetzes**

[Beilage 15/2010](#)

#### **Gesetz über eine Änderung des Bezügegesetzes 1998**

[Beilage 36/2010](#)

---

## WIEN



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

Meldungen: keine

---



---

## ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

---



---

### *Frühpädagogische Studiengänge im Spannungsfeld von Spezialisierung und Generalisierung: Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*

→ Siehe pdf-Beilage „Fruehpaedagogik“

---

### *Master of Arts in Early Childhood Studies - Frühkindliche Bildung in Forschung und Praxis*

Ein internationaler Masterstudiengang (M.A.) der Pädagogischen Hochschule des Kantons St.Gallen (CH) und der Pädagogischen Hochschule Weingarten (D)

→ Siehe pdf-Beilage: „Flyer...“

---



---

## ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

---



---

### *VGH Bayern: Tätigkeit einer Scientologin in der Kinderbetreuung LexisNexis Aktuelles*

V. Ist. Im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes hatte der VGH entschieden, dass die Klägerin zunächst weiter in der Kinderbetreuung tätig sein darf, ...

---



---

## GEWERKSCHAFTSVERTRETUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN

---



---

### *Anfragen an den ÖGB u. a. nach der Podiumsdiskussion der BKHW zum Thema "... und wo ist meine Gewerkschaft?!?"*

Liebe KollegInnen!

Aufgrund des - meiner Meinung nach überwiegend desaströsen - Verlaufes der Podiumsdiskussion vom 28.04.2010 im Dschungel Wien habe ich mich entschlossen, an den ÖGB die tieferstehende Anfrage zu senden, um dann für mich und die KollegInnen eine Zusammenfassung erstellen zu können.

Da ich bislang lediglich **von Seiten der AUGE** eine inhaltliche Antwort erhalten habe und von den anderen Gewerkschaften/Fraktionen lediglich der **Abg. z. NR Josef Muchitsch eine Weiterleitungsantwort** geschickt hat, schicke ich dir/euch die Ausführungen der AUGE: diese scheinen mir nicht nur ausführlich, sondern auch inhaltlich zutreffend. Ob sie einer objektiven Prüfung auch im Detail stand halten, kann ich nicht sagen...

Jedenfalls spricht es für die AUGE und deren demokratisches Verständnis, dass sie sich so rasch und so auf die einzelnen Fragen eingehend bemüht haben!

Sollte ich noch vom ÖGB, einer Fachgewerkschaft oder einer Fraktion inhaltliche Antworten erhalten, werde ich sie ebenfalls schicken.

*Johannes-Maria Lex*

**Von: Johannes-Maria Lex [mailto:johannes-maria.lex@aon.at]**

**Gesendet:** Sonntag, 16. Mai 2010 10:35

**An:** 'oegb@oegb.at'; 'gpa@gpa-djp.at'; 'goed@goed.at'; 'info@gdg-kmsfb.at'; 'bau-holz@gbh.at'; 'info@vida.at'; 'gpf@gpf.at'; 'office@proge.at'; 'auge@ug-oegb.at'; 'ug@ug-oegb.at'

**Betreff:** Anfrage

**Wichtigkeit:** Hoch

Sehr geehrte KollegInnen!

Ich beschäftige mich derzeit mit der **Struktur des ÖGB**.

Dabei meine ich bisher herausfinden zu können, dass der **überparteiliche ÖGB** grundsätzlich die Dachorganisation der sich als **unabhängig bezeichnenden 7 Teilgewerkschaften**

1. Privatangestellt, Druck, Journalismus, Papier
2. Öffentlicher Dienst
3. Gemeindebedienstete – Kunst, Medien, Sport, Freie Berufe
4. Bau-Holz
5. Vida
6. Post- und Fernmeldebedienstete
7. Produktions-Gewerkschaft PRO-GE

ist, zu der die Mitgliedschaft des Werkstätigen sich im Wesentlichen **nicht aufgrund der Tätigkeit** (zum Beispiel KindergartenpädagogIn), sondern aufgrund der **Beschäftigungsart/dem Beschäftigungsort** (zB KindergartenpädagogIn beim Land, in einer Gemeinde, in der Privatwirtschaft...) ergibt.

Zudem können

- **Freischaffende und freiberuflich Tätige** dem ÖGB angehören, sofern sich eine den unselbständig Erwerbstätigen vergleichbare Tätigkeit ausüben, sie sind dann Mitglied der GdG-KMSfB.
- **Arbeitslose** der Gewerkschaft angehören, die für die zuletzt ausgeübten Beschäftigung zuständig war.
- **Schüler/'Studenten** sich in der Gewerkschaft anmelden, die dem beruflichen Wunsch entspricht.

Im ÖGB (auch in den Teilgewerkschaften?) gibt es, laut Web-Site des ÖGB Oberösterreich, die als einzige in dieser Frage laut Google Auskunft gibt, **politische Fraktionen**, und zwar:

[Alternative und Grüne GewerkschafterInnen](#)  
[Fraktion Christlicher Gewerkschafter](#)  
[Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen](#)  
[Freiheitliche Arbeitnehmer](#)  
[Gewerkschaftlicher Linksblock](#).

**Andere Fraktionen** (zB Grüne, Unabhängige...) sind dort nicht angeführt.

Nicht klären konnte ich in meinen bisherigen Recherchen, wie **ÖGB-Mitglieder einer Fraktion zugeordnet** werden. Verschiedentlich höre ich, dass jeder Werkstätige, der dem ÖGB beiträgt, automatisch der Mehrheitsfraktion zugeordnet wird, sofern er/sie sich nicht einer Fraktion ausdrücklich als zugehörig bekennt. Welche Folgen sich aus der Zuordnung zu einer Fraktion ergeben, ist mir bislang nicht klar (Aufteilung des Gewerkschaftsbeitrages? Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Gewerkschaft?).

Nicht klären konnte ich auch, **wie es zu einer Fraktion** kommt bzw. was passiert oder wie vorzugehen ist, wenn sich eine **neue Gruppierung** bilden möchte, die sich keiner der bisherigen Fraktionen.

Nicht klären konnte ich weiters, ob und wie sich **gleichartige Berufsgruppen**, die sich aufgrund der Struktur des ÖGB auf einzelne Teilgewerkschaften aufteilen (zB KindergartenpädagogInnen, -helferInnen, Tagesmütter/-väter/-eltern...), in ihrer Position untereinander abstimmen.

Für Ihre – allenfalls auch über meine Fragestellungen hinausgehenden – Antworten danke ich Ihnen im Voraus herzlich.

Mit kollegialen Grüßen

*Johannes Lex*

**Von: Abg. z. NR Josef Muchitsch [mailto:bessere.zukunft@josef-muchitsch.at]**

**Gesendet:** Mittwoch, 19. Mai 2010 13:38

**An:** johannes-maria.lex@aon.at

**Betreff:** ... Ihr E-Mail ...

**Sehr geehrter Hr. Lex!**

Recht herzlichen Dank für Ihre Anfrage.

Aufgrund dessen, dass Sie diese auch an alle anderen Fachgewerkschaften übermittelt haben und Schwerpunkte Ihrer Anfrage in den Bereich Öffentliche Einrichtungen gehen, habe ich vorgeschlagen, die Beantwortung durch den ÖGB durchzuführen.

Sollten es noch Fragestellungen geben, welche sich mit unseren Bau-Holz-Bereichen und -Berufen befassen, bin ich natürlich gerne bereit diesbezüglich zu antworten.

Mit freundlichen Grüßen ...



**Abg. z. NR Josef "Beppo" Muchitsch**

[bessere.zukunft@josef-muchitsch.at](mailto:bessere.zukunft@josef-muchitsch.at)

mobil: +43 (0) 664/614 55 42

[www.josef-muchitsch.at](http://www.josef-muchitsch.at)

-----  
**Öffentlichkeitsarbeit & reg. Koordination**

**Thomas Trabi**, +43 (0) 664/8409 630

[pr@josef-muchitsch.at](mailto:pr@josef-muchitsch.at)

A-8430 Leibnitz, Bahnhofstraße 6/2

Fax: +43 3452/73 2 11-11

---

**Von: Klaudia Paiha [mailto:paiha@ug-oegb.at]**

**Gesendet:** Mittwoch, 19. Mai 2010 16:56

**An:** Johannes-Maria Lex

**Cc:** AUGÉ; lisa.langbein@kiv.at

**Betreff:** Re: Anfrage

Lieber Johannes-Maria Lex,

ich beantworte Deine (ich hoffe, das DU ist o.k.?) Fragen in zweifacher Funktion: als Bundessprecherin der AUGÉ, welche ein Teil der UG ist, deren Bundessekretärin ich bin.

1. richtig: der ueberparteiliche OeGB ist die Dachorganisation der weitgehend autonomen Einzelgewerkschaften. Wobei diese sich im Wesentlichen unterschieden nach:

- \* Oeff. Dienste (Bund, Laender, Gemeinden, Bahn, Post)
- \* Angestellte
- \* Arbeitergewerkschaften (mehrere)

Diese Abgrenzungsmerkmale sind einerseits durch Privatisierungen im Oeff. Dienst, andererseits durch (hauptsaechlich oekonomisch bedingte) Gewerkschaftsfusionierungen heftig durcheinander geraten.

2. Die Frage der Mitgliedschaft/Zugehoerigkeit zu einer Einzelgewerkschaft ist schon etwas

komplexer ...

Im Wesentlichen richtig: nicht die Taetigkeit, sondern WO ich arbeite (Arbeitgeber), entscheidet die Zugehoerigkeit. Die Kollektivvertragszugehoerigkeit entscheidet sich nach Zugehoerigkeit des Betriebes zu einer Fachgruppe der Wirtschaftskammer. Nachdem Wirtschaftskammer und Gewerkschaften die Kollektivvertraege bzw. Dienstrechtsangelegenheiten verhandeln, ist die Gewerkschaftsstruktur dem angepasst (getrennt nach ArbeiterInnen / Angestellte). Ob das die sinnvollste Struktur ist, darueber scheiden sich die Geister. Tatsache ist, dass jegliche Aenderungversuche an Aengsten vor Macht-/Einflussverlust scheitern (Gremien muessten neu zusammengestellt, Funktionen anders verteilt werden) - zuletzt im Zuge der OeGB-Reform nach dem BAWAG-Skandal, wo die Variante 'EINE Gewerkschaft' (und darunter Branchenstrukturen) nicht mehrheitsfaehig war ...

Es gibt auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Koordinationsstrukturen zwischen den Gewerkschaften, wo u.a. auch berufsgruppenspezifische Problemstellungen behandelt werden: z.B. die ARGE AertzInnen im OeGB, in welcher sich die bei den verschiedenen Arbeitgebern angestellten AertzInnen austauschen + politische Meinungsfindung stattfindet, Fachausschuesse (z.B. f. Gesundheitsberufe) oder die bei der GPA-djp angesiedelten Interessensgemeinschaften, die die Beschaeftigten aufgrund gemeinsamer Merkmale (z.B. Aussendienst) zusammenfasst. Dort gibt es z.B. auch die IG work@social ([http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA\\_4.3](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_4.3)), in der alle Mitglied sein koennen, die in Sozialberufen arbeiten. Fuer diese IGs muss mensch nicht einmal Gewerkschaftsmitglied sein (ausser, mensch will an Wahlen zu Gremien teilnehmen). Darueberhinaus gibt es natuerlich bei Kollektivvertragsverhandlungen Koordinierungssitzungen zwischen den betroffenen Gewerkschaften. Manche dieser Strukturen sind statutarisch verankert, andere nicht, und die Fachausschuesse sind ueberhaupt formal bei der AK angesiedelt, werden aber gewerkschaftlich beschickt.

3.

a. Freischaffende/Freiberufliche: gehoeren nicht automatisch zur GdG-KMSfB. Auch da hat sich durch die Veraenderungen der Arbeitswelt viel getan. So organisiert mittlerweile (zumindest) auch die GPA-djp 'atypisch' Beschaeftigte mit und ohne Gewerbeschein (work@flex). Wie da die Abgrenzung erfolgt, weiss ich nicht so genau ... - vermutlich auch eher historisch bedingt.

b. Arbeitslose: richtig; (zumindest) bei der GPA-djp koennen Arbeitslose auch Mitglied werden, wenn sie vorher noch nicht Mitglied bzw. nicht abhaengig beschaeftigt waren.

c. SchuelerInnen/Studierende: weiss ich ehrlich gesagt nicht, ob die mittlerweile von allen Gewerkschaften akzeptiert werden; Organisationsstruktur mit Gremien dazu hat jedenfalls die GPA-djp.

4. Fraktionen: stimmt nur teilweise.

Fraktionen gibt's sowohl im OeGB, als auch bei den Einzelgewerkschaften. Informell seit Wiedergruendung des OeGB 1945 - allerdings ohne 'Spielregeln'. D.h., es gab die 'Gruendungsfraktionen' (sozialdemokratische, christlich, kommunistisch) - und dann lange nichts ... Politische Veraenderungen (z.B. Alternativbewegung) konnten sich so kaum in der Gewerkschaftslandschaft widerspiegeln (wir sind da ein Sonderfall, da wir aus Spaltung einer 'Gruendungsfraktion' hervorgegangen sind - bei naeherem Interesse kann ich das noch ausfuehren). Seit der OeGB-Statutenaenderung 1995 gibt es nun 'Fraktionsanerkennungskriterien' in OeGB und Einzelgewerkschaften, bei deren Erfuellung der Fraktionsstatus und damit verbundene Rechte (Sitz und Stimme in Gremien, etc.) auf der jeweiligen Ebene zuerkannt werden muessen (s. Paragraf 13 OeGB-Geschaeftsordnung: [http://www.oegb.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Die\\_Gesch%25E4ftsordnung\\_des\\_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=OEGBZ&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1248707796669](http://www.oegb.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Die_Gesch%25E4ftsordnung_des_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=OEGBZ&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1248707796669); Einzelgewerkschaften weitestgehend analog; GOeD und GdG anders) .

Falsch ist die OeGB-OOe-Auskunft; korrekt sind auf Gesamt-OeGB-Ebene (Bund) die anerkannten Fraktionen:

- \* Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)
- \* Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG)
- \* Unabhaengige GewerkschafterInnen fuer mehr Demokratie (UG)
- \* Freiheitliche Arbeitnehmer (FA)
- \* Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB)
- \* Parteifreie Gewerkschafter (PF)

Als UG haben wir die komplexe OeGB-Struktur auch noch einmal (komplex ;-)) abgebildet - historisch resultierend aus der formalen Unmoeglichkeit der Fraktionsbildung im OeGB: Es haben sich in den verschiedenen Einzelgewerkschaften (und Betrieben) alternativgewerkschaftliche Gruppen gebildet,

die erst ab 1995 zusammengefasst werden konnten. Weil diese damals aber teilweise schon sehr lange bestanden hatten, wollten sie sich nicht von ihren angestammten Namen trennen, daher gibts uns in den verschiedenen Einzelgewerkschaften unter verschiedenen Bezeichnungen - jeweils mit dem 'Familiennamen' UG angehaengt:

- \* Alternative und Gruene GewerkschafterInnen (AUGE/UG) in der GPA
- \* Konsequente Interessenvertretung (KIV/UG) in der GdG-KMSfB
- \* Unabhængige GewerkschafterInnen im Oeffentlichen Dienst und Ausgegliederte (UGoed)
- \* Unabhængige GewerkschafterInnen in der vida (UGvida)
- \* we4you .../UG in der GPF
- \* im 'Dach' OeGB heissen wir sowohl auf Bundes-, als auch auf Laenderebene UG

5. Die Zuordnung der Mitglieder zu Fraktionen ist tatsaechlich ein Problem: formal zaehlen Mitglieder gar nicht, sondern nur zu (anerkannten) Fraktionen deklarierte Betriebsratsmitglieder bzw. das Wahlergebnis in jenen wenigen Gewerkschaften, wo die Gremienzusammensetzung durch die Gewerkschaftsmitglieder gewaehlt wird (im Unterschied zum Delegationssystem der meisten Einzelgewerkschaften). Aber auch wir hoeren immer wieder Gschichteln, dass 'Mitglieder' gezaehlt wurden (die von ihrem Glueck gar nichts wussten - 'rote' Betriebe werden einfach den Roten zugeschlagen, 'schwarze' den Schwarzen - der Rest kommt gar nicht vor) - ueberpruefbar ist es fuer uns nicht, weil die Daten nicht offen gelegt werden. Umso wichtiger ist es fuer die kleinen Fraktionen, dass sich Betriebsratsmitglieder zu ihnen deklarieren, um aus der Bedeutungslosigkeit (Mehrheitsverhaeltnisse in Entscheidungsgremien) herauszukommen ... BetriebsraetInnen bzw. Mitglieder ohne Fraktionszugehoerigkeit sind in der gewerkschaftlichen Meinungsbildungsstruktur so gut wie gar nicht abgebildet (schon gar nicht entsprechend ihrer Anzahl), haben also nur geringe Moeglichkeiten der Einflussnahme auf die gewerkschaftliche Positionierung - je hoeher das Gremium, umso geringer ...

So, ich glaube, nun alle gestellten Fragen beantwortet und hoffe, etwas Licht ins Dunkel der Gewerkschaftsstrukturen gebracht zu haben (hilfreich koennten ev. auch die Skripten des OeGB-Fernlehrganges sein: [http://www.voegb.at/servlet/ContentServer?pagename=S08/Page/Index&n=S08\\_2.7.2](http://www.voegb.at/servlet/ContentServer?pagename=S08/Page/Index&n=S08_2.7.2)), bin aber auch gerne bereit, weitere Auskuenfte zu geben (allenfalls auch leibhaftig von Angesicht zu Angesicht :-)) ...

Liebe Gruesse,  
Kludia Paiha

AUGE - Alternative und Gruene GewerkschafterInnen/UG  
1040 Wien, Belvederegasse 10  
Tel: 01/505 19 52  
e-mail: auge@ug-oegb.at  
[www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)

Die AUGE ist Teil der UG - Unabhængige GewerkschafterInnen im OeGB.  
<http://www.ug-oegb.at>

## INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

### *Inklusion statt Integration: Dicke Bretter - Von Andrea Rost*

Am Ende des Abends ist der Vater eines behinderten Mädchens enttäuscht. "Es wird sich nichts ändern", befürchtet der Mann. Seine Tochter besuche derzeit eine Förderschule. Er habe wenig Hoffnung, dass sie, wenn sie die vierte Grundschulklasse hinter sich habe, auf eine Regelschule wechseln könne. "Aber wir werden weiterkämpfen."

Weiterkämpfen - das wollen auch viele Lehrer, Schulleiter und Eltern im Main-Taunus-Kreis. Sie wollen sich dafür einsetzen, dass, so wie es die UN-Konvention zum Schutz für Menschen mit Behinderung vorsieht, aus Integration Inklusion wird: Dass Kinder mit Behinderung nicht ein langwieriges Diagnose- und Antragsverfahren für den gemeinsamen Unterricht durchlaufen müssen, sondern ganz selbstverständlich auf normale Schulen gehen können, sofern sie und ihre Eltern das

möchten.

Weit mehr als 100 Besucher kamen unlängst zu einer Podiumsdiskussion in die Hattersheimer Heinrich-Böll-Schule. "Vision Inklusion?!" lautete das Thema der Veranstaltung. Eingeladen hatten der Kreiselternteilnehmerbeirat und die Elterninitiative für den gemeinsamen Unterricht.

Im Main-Taunus-Kreis sei man nahe dran an der Vision, alle behinderten Schüler in den normalen Unterricht zu integrieren, sagte Christian Vilmar vom staatlichen Schulamt in Rüsselsheim. Nirgendwo anders in Hessen gebe es seit 25 Jahren eine so intensiv gelebte Tradition des gemeinsamen Unterrichts - speziell an Grundschulen. "Das ist etwas ganz Besonderes."

Kann es deswegen schneller gelingen, Inklusion in der Bildung wahr werden zu lassen? Die Signale aus Wiesbaden sind eher verhalten. Im Diskussionspapier der Kultusministerkonferenz sei die Regelschule als vorrangiger Lernort für behinderte Kinder beschrieben, sagte Daniel Bognar vom hessischen Kultusministerium. Derzeit werde mit Hochdruck daran gearbeitet, das Schulgesetz entsprechend zu ändern. Bognar warnte jedoch vor Schnellschüssen. Der Konsens aller Beteiligten sei wichtig. Keinesfalls dürfe im Sog von Inklusion eine bildungspolitische Strukturdebatte angestoßen werden. "Eine Einheitsschule für alle zu fordern, das wird nicht funktionieren."

Der Frankfurter Erziehungswissenschaftler Dieter Katzenbach machte den Unterschied zwischen Integration und Inklusion deutlich: "Integration bedeutet Duldung, Inklusion ist Zugehörigkeit". In einer inklusiven Schule würden alle Kinder, behindert und nicht behindert, gemeinsam aufgenommen. Brauche jemand Unterstützung, bekomme er sie. Über Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hänge dann nicht mehr das Damoklesschwert des "Wenn´s nicht klappt, haben wir ja noch die Förderschule für dich".

Die Barrieren auf dem Weg zur Inklusion macht Katzenbach in den Köpfen vieler Menschen aus, aber auch im finanziellen Bereich. Um behinderte und nicht behinderte Schüler gemeinsam zu unterrichten, brauche es nicht nur behindertengerechte Schulgebäude, sondern auch mehr speziell ausgebildete Lehrer. Die Schulen mit gemeinsamem Unterricht müssten jedes Jahr aufs Neue darum kämpfen, das Schulamt dem Kultusministerium über die Lehrerzuweisung Rechenschaft ablegen. "Diese Ressourcendebatte nervt mich", sagte Katzenbach und bekam dafür viel Applaus. "Hier geht es doch nicht um die Frage Können wir uns das leisten?, sondern um ein Menschenrecht. Da müssen Regierung und Politik mit vorne dran sein."

Immerhin, kündigte Daniel Bognar an, werde es vom kommenden Schuljahr an ein Projektbüro für Inklusion im hessischen Kultusministerium geben: Und jedes staatliche Schulamt erhalte zusätzlich eine halbe Stelle für Mitarbeiter, die sich speziell damit beschäftigen sollen, wie die UN-Konvention in den Schulen vor Ort umgesetzt werden kann.

Dicke Bretter gelte es zu bohren, bis Inklusion erreicht sei, resümierte Moderatorin Ulrike Holler am Ende der zweistündigen Diskussion. "Ohne das große Engagement aller Beteiligten wird das nicht gehen."

[http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/main\\_taunus/2683394\\_Dicke-Bretter.html](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/main_taunus/2683394_Dicke-Bretter.html)

---

### **Lebenshilfe: Ziel ist die "inklusive Gesellschaft"**

Salzburger Fenster

„Inklusion lohnt sich“ – mit diesem Slogan möchte die Lebenshilfe gesellschaftliche Bewusstseinsbildung leisten: Es ist normal, verschieden zu sein! ...

---

### **Grüne drängen auf umfassende Inklusion im Bildungssystem**

Die Erstellung eines Inklusionsfahrplans für die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich ist Ziel eines Entschließungsantrags ([1127/A\[E\]](#)), den Abgeordnete Helene Jarmer (G) vorgelegt hat. Die Grünen machen die mangelnde Inklusion im Bildungssektor für die unzureichende Inklusion behinderter Menschen in der Gesellschaft verantwortlich. Sie kritisieren, dass die Integration in der Regelschule mit der 8. Schulstufe endet und machen auf die verschwindende Anzahl von Studierenden mit Behinderung aufmerksam. Mangelnde Bildung führe dazu, dass die betreffenden Personen ökonomisch schlechter gestellt sind, argumentieren sie.

[http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR\\_2010/PK0380/PK0380.shtml](http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2010/PK0380/PK0380.shtml)

---

## KINDERERZIEHUNG

---

**TOP ONLINE Zürich Kindererziehung ist keine Staatsaufgabe - Die SVP des Kantons Zürich lehnt die kantonale Kinderbetreuungs-Initiative wie auch den Gegenvorschlag dazu ab.**

---

## MONTESSORI

---

### *Montessori-Akademie*

#### **REFRESHER-REIHE FÜR DAS KINDERHAUS**

Fortbildung, Auffrischung des Gelernten, neue Impulse, Platz für Fragen aus der Praxis, Auftanken in angenehmer Atmosphäre - das und noch viel mehr bietet unsere Refresher-Reihe für Montessori-PädagogInnen.

11. Abend - Kunst und Kultur im Kinderhaus: Begegnungen mit dem eigenen Kulturkreis

Referentin: Christiane Salvenmoser

**Mittwoch, 26. Mai 2010, 18.30 - 21 Uhr**

[Alle weiteren Termine und Anmeldung](#)

---

#### **INFORMATIONSPRESENTATION ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK UND DIPLOMAUSBILDUNG**

Donnerstag, 27. Mai 2010, 19 Uhr, Eintritt frei

Sie lernen die Dozentinnen Saskia Haspel und Christiane Salvenmoser persönlich kennen und erhalten neben einer Kurzvorstellung der Montessori-Pädagogik und Montessori-Literatur Informationen zur Montessori-Diplomausbildung, wie Kursvarianten, Dauer, Kosten und Diplomanforderungen.

Natürlich gibt es ausreichend Zeit für Ihre Fragen und Wünsche.

Um Anmeldung wird gebeten an [akademie@montessori.at](mailto:akademie@montessori.at) oder telefonisch unter 01 911 69 69.

---

#### **FARBENERGETIK UND INTUITIVES MALEN**

**Samstag, 29. Mai 2010, 10 - 17 Uhr**, Montessori-Zentrum, Hüttelbergstraße 5, 1140 Wien

Wer kreativ ist, sagt ja zum Leben! Gönnen Sie sich einen Tag, um mehr über Farbe und ihre Wirkung zu erfahren, eine innere Quelle der persönlichen Kreativität zu entdecken, sich von der Intuition führen zu lassen und nur für sich zu malen...

Investition: € 90,- inkludiert Verpflegung und Material! **Es sind keinerlei malerische Vorkenntnisse erforderlich.**

Mehr Informationen finden Sie auf [www.farbenergetik.at/workshop.html](http://www.farbenergetik.at/workshop.html) oder gerne telefonisch bei Mag. Eva Maria Resch unter +43 699 19908323 oder [office@farbenergetik.at](mailto:office@farbenergetik.at).

---

#### **EINFÜHRUNGSSEMINAR IN DIE MONTESSORI-PÄDAGOGIK**

Theoretische Grundlagen, Montessori-Materialien aus verschiedenen Bereichen, Materialprinzipien, Überblick über die kindliche Entwicklung

**3-tägiges Intensivseminar: Montag, 5. Juli bis Mittwoch, 7. Juli 2010, 9 - 17 Uhr**

€ 290,- /für ÖMG Mitglieder ermäßigt € 280,-

Das Montessori-Einführungsseminar ist offen für alle, die sich für die Montessori-Pädagogik interessieren.

Referentinnen: Saskia Haspel und Christiane Salvenmoser  
[Information und Anmeldung](#)

## MONTESSORI-DIPLOMLEHRGÄNGE - DIE NEUEN TERMINE

Die Ausbildung zur/m diplomierten Montessori-Pädagogin/en erfolgt zum großen Teil berufsbegleitend in mehrtägigen Modulen auf 5 Semester verteilt. Alle Lehrgänge schließen mit dem **international anerkannten Diplom der Österreichischen Montessori-Gesellschaft** ab.

### ■ [Montessori-Diplomlehrgang für das Kinderhaus \(Kindesalter 3 - 6 Jahre\)](#)

Nächster Start: 22. November 2010

### ■ [Montessori-Diplomlehrgang für das Schulalter \(Kindesalter 6 - 12 Jahre\)](#)

Nächster Start: 9. Februar 2011

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

## MONTESSORI-ZENTRUM WIEN

Hüttelbergstraße 5

1140 Wien

Tel : 01 911 69 69

E-Mail: [akademie@montessori.at](mailto:akademie@montessori.at)

[www.montessori.at](http://www.montessori.at)

## PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

### **„Lebenschancen verbaut“ - Kein Zugang zu Hochschulen: Behinderte können nicht Lehrer werden, kritisieren die Grünen.**

Wien(chs). Auch in diesem Feld erleben sie Diskriminierung: Den Lehrberuf zu ergreifen ist für Menschen mit Behinderung in Österreich bis heute fast unmöglich. Wer an einer Pädagogischen Hochschule studieren will, der muss nicht nur ein Aufnahmeverfahren bestehen. Die PH, die die Pflichtschullehrer ausbilden, überprüfen zudem die „körperlich-motorische Eignung“ und die „erforderliche Sprech- und Stimmleistung“ – und zwar unabhängig vom Studienziel. So sieht es ein Passus in der Verordnung über die Aufnahmevoraussetzungen vor.

Für die Abgeordnete und grüne Behindertensprecherin Helene Jarmer ein klarer Fall von Diskriminierung: Die Verordnung „verstößt sowohl gegen die Gleichstellungsklausel der Bundesverfassung als auch gegen die UN-Konvention“, sagt Jarmer zur „Presse“. Bekannt sei das Problem nicht erst seit gestern, sondern seit zwölf Jahren: Bereits 1998 reichte eine Studentin einer – damals noch – Pädagogischen Akademie eine Beschwerde beim Volksanwalt ein. Zwar gab es damals Regierungsverhandlungen über eine Novelle der gesetzlichen Grundlagen – zu einer Öffnung des Lehrberufs für Menschen mit Behinderung ist es dennoch nicht gekommen. Ebenso wenig wie im Jahr 2003, nachdem im Nationalrat ein Entschließungsantrag zu unterstützenden Maßnahmen für behinderte Lehramtsstudenten einstimmig angenommen worden war.

### Erfolgreiche Karriere als Ansporn

„Anstatt Studienpläne an die Gegebenheiten anzupassen und geeignete Berufsbilder zu schaffen, werden jungen Menschen Lebenschancen verbaut“, sagt Jarmer. Für Jugendliche mit Behinderung wären positive Beispiele erfolgreicher Karrieren von behinderten Lehrern zudem „ein Ansporn“. Jarmer brachte im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein: „Die Hindernisse am Studieneingang sind zu beseitigen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Absolventen mit Behinderungen zu schaffen.“

In anderen Hochschulinstitutionen sieht es übrigens kaum besser aus: Manche Fachhochschulen

nehmen gar keine Menschen mit Behinderung auf, an den Unis liegt der Anteil bei einem Prozent.

[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/568907/index.do?\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/568907/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do)

---

---

## PARLAMENTSMELDUNGEN

---

---

### ***BZÖ drängt auf bessere sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern***

Das BZÖ drängt in einem Entschließungsantrag auf eine bessere arbeits- und sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern und fordert gleichzeitig bundesweit einheitliche Regelungen ( [1134/A](#)). Pflegeeltern würden eine bedeutsame Leistungen für die Gesellschaft erbringen und wertvolle Erziehungsarbeit leisten, betonen Abgeordneter Gerald Grosz und seine FraktionskollegInnen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Pflegefamilien seien aufgrund der Zuständigkeit der Länder aber unterschiedlich.

[http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR\\_2010/PK0388/PK0388.shtml](http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2010/PK0388/PK0388.shtml)

---

---

## TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

---

---

### ***Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter***

Die Kinderbetreuung durch Tagesmütter/-väter soll in Österreich wie auch in anderen europäischen Ländern durch hohe Qualitätsstandards in der Aus- und Weiterbildung sowie durch fachliche Begleitung gekennzeichnet sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend möchte einen Impuls für ein Ausbildungsangebot für Tagesmütter/-väter mit bundesweit vergleichbarem Ausbildungsumfang und -inhalt setzen.

Zur Umsetzung dieses Vorhabens hat eine vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend eingesetzte Expertinnenarbeitsgruppe ehrenamtlich ein Ausbildungscurriculum für Tagesmütter/-väter erstellt. Die vorgegebenen bundesweiten Standards sollen bundesweit zu einer einheitlichen Ausbildungsqualität beitragen und das Berufsbild stärken.

Für die Zertifizierung dieser anspruchsvollen Ausbildung soll ein entsprechendes Gütesiegel ins Leben gerufen werden, um durch positive Auszeichnung die Qualität der Ausbildungslehrgänge hervorzuheben.

Kontakt

Birgit Schmid, Abteilung Jugendwohlfahrt und Kinderrechte: [post@II2.bmwfj.gv.at](mailto:post@II2.bmwfj.gv.at)

Weiterführende Informationen

[Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter \(PDF, 229kB\)](#)

---

---

### ***Reaktion auf den Beitrag von Karin Moser „Ein Frontalangriff auf die Kleinsten: Der Gratskindergarten wird infrage gestellt“, da darin nach Ansicht der Verfasserin die Qualität der Tagesmütter in Frage gestellt wird.***

Mag.<sup>a</sup> Tina Neururer, Vorsitzende des Bundesverbandes der Österr. Vereinigungen für Tagesmütter und -väter in Kooperation mit Pflege- und Adoptiveltern eine Stellungnahme zur Qualität der Betreuung bei Tagesmüttern und -vätern

→ Siehe pdf-Beilage „Generalangriff auf Tagesmütter“

→ Bezug: <http://derstandard.at/1271377053278/Kinderbetreuung-Angriff-auf-die-Kleinsten>

---

---

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

---

---

## Die Reform der Schulverwaltung – eine Kontroverse

Die österreichischen Schulverwaltung steht seit langem im Kreuzfeuer der Kritik: Rechnungshof und WirtschaftsvertreterInnen werfen ihr vor, teuer und ineffizient zu sein. Expertenkommissionen sehen eine organisierte Nicht-Verantwortlichkeit. Unterrichtsministerin Schmied strebt die alleinige Zuständigkeit des Bundes an; viele Bundesländer wiederum verlangen die Verlagerung zusätzlicher Kompetenzen auf die Landesebene. – Das Resultat ist Stillstand.

Was kann bzw. soll Schulverwaltung tatsächlich leisten - und was nicht (mehr)? Welche Entscheidungen und Befugnisse sind auf welcher Ebene sinnvoll anzusiedeln? Hält das Zauberwort „Autonomie“, was es verspricht? Was heißt „schlanke Verwaltung“? Wie groß ist das häufig beschworene Einsparungspotenzial wirklich? Und nicht zuletzt: Welche Reform bringt tatsächlich etwas für die Schülerinnen und Schüler?

Über diese und ähnliche Fragen diskutieren miteinander und mit dem Publikum:

- **Dr. Monika Hutter** (Abteilungsleiterin im Finanzministerium, v.a. Bildungsbudgetierung);
- **Mag. Walter Grafinger** (Landesschulinspektor für das Berufsbildende Schulwesen in Wien).

Moderation: **Mag.<sup>a</sup> Ute Brühl (Kurier)**.

Im Anschluss können Sie noch bei einem Glas Wein weiter diskutieren.

**Ort: KiP (Kunst im Prückel)**, Biberstraße 2, 1010 Wien

**Zeit: Donnerstag, 17.06.2010, 19.30 Uhr**

---

---

## SONSTIGES

---

---

### **Österreichisches Institut für Familienforschung der Universität Wien: Eine Online-Umfrage zum Mitmachen!**

Das Österreichische Institut für Familienforschung der Universität Wien führt derzeit eine Studie über das Zusammenleben in vielfältigen Familienformen durch. Die Umfrage richtet sich an alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und eigene und/oder Stiefkinder haben.

Ein Ziel der Studie ist die Darstellung der partnerschaftlichen Beziehungen sowie der Eltern-Kind-Beziehungen in diesen Familienformen. Daraus sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Formen familiären Zusammenlebens empirisch festgemacht werden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie an der Studie teilnehmen.

[ZUM FRAGEBOGEN](#)

---

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

---

### **Plattform EduCare**

#### **Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265

**Faxnummer:** +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen**  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten**

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

**Änderungen zu diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

**Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

**Anregungen zu Stellungnahmen**

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

**Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen**

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.